

›Die Demokratie frisst immer noch ihre Kinder‹ – heute erst recht!

Überlegungen zu einem 25 Jahre alten Text

Roswitha Scholz

Einleitung

Von brasilianischen Freunden wurde der Wunsch an mich herangetragen, ein Vorwort zur portugiesischen Übersetzung des Textes von Robert Kurz, »Die Demokratie frisst ihre Kinder« (Kurz 1993a) zu schreiben. Dies war für mich der Anlass nachzuprüfen, inwiefern die Argumentation von Robert Kurz heutigen, Realitäten standhält, zumal es auch in unseren Kreisen manchen so scheint, etwa Daniel Späth, als handele es sich bei den rechten Entwicklungen der letzten Jahre im Grunde um etwas ganz Neues. Dabei zeichne ich die Argumentation von Robert Kurz im Einzelnen nach und vergleiche sie mit der heutigen Situation. In diesem Zusammenhang komme ich zum Schluss kritisch auf den Artikel »Querfront allerorten!« (Späth 2017) von Daniel Späth zu sprechen. DfK steht im Text als Kürzel für »Die Demokratie frisst ihre Kinder«, NK für meinen Kommentar zu neueren Entwicklungen.

1. Die Grundargumentation

DfK: Kurz wendet sich in seinem Aufsatz gegen die Vorstellung, dass Demokratie und Faschismus/Nationalsozialismus Gegensätze seien. Stattdessen stellt er die These auf, dass der NS die Kehrseite der Demokratie ist und ihren Widersprüchen entspringt. Er plädiert dabei für einen systemischen modernisierungstheoretischen Zugang, der den Universalismus der Warenform zur Basis hat. Demokratie ist so gewissermaßen die soziale Organisationsform der warenproduzierenden Gesellschaft. Der NS hatte dabei eine Modernisierungsfunktion. Er war ein Stadium der Durchsetzung der universell werdenden Warenproduktion bis heute, d.h. auch: die Marktwirtschaft ist der repressive Kern der Demokratie, weswegen Demokratie auch nicht das Gegenteil von Marktwirtschaft ist, wie Normalo-Linke meinen. Jede Entscheidung wird so schon immer innerhalb der

Warenform getroffen. Freiheit ist schon immer in die Gestalt des Warenspekts eingebannt. Er/sie kann nicht einfach Mensch ein. Stattdessen müssen sich alle dieser Form beugen. »Demokratie ist die Freiheit zum Tode, jedenfalls für eine wachsende Mehrzahl von Menschen« schreibt Kurz (Kurz 1993a, 21). Noch Lazarus-Gestalten sind in diesem Sinne gleich. Das Konkurrenzprinzip erzwingt, dass sich alle dem Fetischismus als Gleiche unterwerfen müssen. Kurz schreibt, dass es zwar »die große historische Emanzipationsleistung der Demokratie war, daß alle Menschen ohne ständische Schranken ein ›Selbst‹ werden konnten, aber allmählich hat sich herausgestellt, daß diese ›Selbstwerdung‹ einen furchtbaren Preis hatte. An die Stelle der Unterwerfung unter den persönlichen ›Herrn‹ qua Geburt trat die Unterwerfung unter die *unpersönliche* und viel totalere Herrschaft des Geldes« (ebd., 20, Hervorh. i. O.). Heute nun kippt Rationalität in Irrationalität um, und wir sind in das Endstadium der westlichen Emanzipation eingetreten. Der Rechtsradikalismus ist dabei ein »letztes Aufbäumen immanenter, verbissen irrationaler Scheinkritik« (ebd., 21). Es geht also nicht darum, »Demokratie« in einer nachkapitalistischen Gesellschaft zu verwirklichen, sondern sich von ihr zu emanzipieren. Der historische Faschismus und der historische NS sind dabei »Teil des Kontinuums der warenproduzierenden Moderne« (ebd., 24). Der NS brachte in diesem Sinne gesellschaftliche Strukturveränderungen als Voraussetzung des späteren Fortgangs der Moderne auf den Weg. An sich hätten auch andere diese Funktion übernehmen können, aber selbst die Sozialdemokraten huldigten wilhelminischen Strukturen. (Kurz setzt sich dabei intensiv mit dem damals tobenden Historikerstreit auseinander und diskutiert und kritisiert auch Nolte & Co, worauf ich hier aber nicht näher eingehe ebd., 27f.) *Strukturell* hat der NS, so Kurz, Gleichheit und Freiheit gegenüber diesen Verhältnissen vorangetrieben, trotz allen Geredes von der Volks»gemeinschaft«. Der Universalismus verschmolz so zunächst mit einer »Partikularität höherer Ordnung« schon seit dem 18. Jh. Das »Volk« gegenüber dem Führer sollte nicht mehr qua Geburtsprivilegien, einem Honoratiorentum, wie in der Weimarer Republik, gewachsenen Sonderstrukturen unterworfen sein. »Der Universalismus behielt und entwickelte so selbst eine nicht-universalistische Form, die Gleichheit grenzte sich ab von ›anderer‹ Gleichheit; und die Freiheit von ›anderer‹ Freiheit; die Konkurrenz behielt ein formierendes Moment von Nicht-Konkurrenz, aber ein aus der nationalen Metakonkurrenz selber abgeleitetes Moment« (ebd., 33). Die so erfolgte totalitäre Angleichung der Menschen konnte nach dem NS »›von selber‹ funktionieren, weil die Zurichtung gelungen war« (ebd., 34). Das »›totalitäre‹ Moment« verwandelte sich in die »innere Selbstdisziplin« der sich fortentwickelnden Subjekte. Deswegen sind der NS und die BRD-Demokratie freilich nicht dasselbe: Die

»Identität ist keine unmittelbare, sondern eine historisch genetische«. So kann sich nach Kurz der historische Nationalsozialismus auch nicht wiederholen, was aber keine Entwarnung bedeutet. »Heute dagegen« – so Kurz – »haben wir es [...] nach einer Phase der fordistischen Nachkriegsprosperität und einer Vollendung demokratischer Strukturen [...] mit dem barbarischen Zerfall der Marktwirtschaftsdemokratie zu tun, die an ihre absoluten Schranken stößt« (ebd., 31). Arbeit, Volk und Nation können heute nicht mehr für eine Systemkohärenz sorgen. Stichwort Globalisierung. »Alle Ideologeme, Politikformen, Zielsetzungen Programme und Vorgehensweisen der Modernisierungsgeschichte mögen so irgendein Revival erleben, alles wird noch einmal durchprobiert, aber nichts davon kann mehr bis zur gesamtgesellschaftlichen Hegemonie aufgeblasen werden, alles verbleibt im Zustand der (mehr oder minder auffälligen und sich anstrengenden) Partikularität [...] Nicht von einer ›Rückkehr der Nation‹ [...] kann so gesprochen werden, sondern bloß von der Rückkehr des Nationalismus in einer allerdings völlig veränderten partikularen Gestalt auf dem Boden des verwildernden Verteilungskrieges. Ethno-nationalistische und völkische Parolen ebenso wie die Beschwörung einer ›Ehre der Arbeit‹ können nur noch die Sprengung der Nationalökonomien vorantreiben, Elemente der Destabilisierung ausbilden und der Krise Verlaufsformen geben« (ebd., 43f.). Neben Rechtsradikalismus, Rassismus, Antisemitismus treten so auch religiöse Sektenbewegungen, Bandenbildung, Mafia-Herrschaft, Esoterik, Drogensucht usw. auf. »Der Holocaust«, so Kurz, »als mit modernsten Mitteln durchorganisierte industrielle Menschenvernichtung ist nicht mehr zu übertreffen, und er wird sich in dieser Form auch nicht mehr wiederholen; insofern hat der Nationalsozialismus tatsächlich etwas Singuläres an sich. Was aber die Barbarei im Allgemeinen angeht, so lassen sich ihre Elemente in allen Durchsetzungsschüben der Modernisierungsgeschichte finden [...] wenn sie auch immer rationalistische Motive hatten« (ebd., 45). Die Barbarei tritt so als »Funktion der verwildernden demokratischen Konkurrenz« und in »den Subsystemen der marktwirtschaftlichen Reproduktion auf« (ebd., 46).

NK: Kurz legt hier einen großtheoretischen Entwurf vor, der entgegen linken Gepflogenheiten Demokratie und NS/Faschismus nicht als Gegensatz denkt, sondern reflektiert den systemischen Zusammenhang von beiden, den er in der Warenform sieht. Diese Sicht ist unzweifelhaft richtig und wurde sonst nirgendwo entwickelt. Dennoch fragt es sich, weshalb der Holocaust gerade in Deutschland stattfand. Kurz weist schon in dem hier in Rede stehenden Artikel darauf hin, dass es dabei darauf ankomme, den

Modernisierungsprozess *in* Deutschland zu untersuchen. Ausführlicher tut er dies dann im Schwarzbuch Kapitalismus. Im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen es in der fordistischen Phase zwar auch Antisemitismus gab, war die Eliminierung der Juden im Holocaust jedoch reiner Selbstzweck (Kurz 1999, 478f.). Darauf kann ich hier nicht näher eingehen. Seine Analyse ist somit keineswegs nur funktionalistisch, wie manche ihm unterstellen. Allerdings trifft der Einwand zu, dass Kurz wie im übrigen auch Postone die kulturell-symbolische und psychosoziale Dimension bei den deutschen Tätern vernachlässigt, so etwa ein Einwand von Günther Jacob (Jacob 2000). Bei vielen, die so argumentieren – so auch bei Günther Jacob – geht dabei allerdings das ›Allgemeine‹ verloren, sei es in Bezug auf die Modernisierungsgeschichte, sei es im Sinne der deutschen Geschichte. Tragischerweise wird bei Jacob aber, indem er bloß einseitig die Handlungsseite der antisemitischen deutschen Individuen betont, sogar ein Affekt gegen das Übergreifend-Allgemeine und die Abstraktion sichtbar, von der wir mittlerweile mindestens seit Postone wissen, dass sie selbst ein zentrales Moment des Antisemitismus sind. Stattdessen käme es darauf an, sowohl die allgemeine Vergesellschaftungsform und deren spezifische Geschichte in Deutschland – als auch die kulturelle, psychische und psychosoziale Seite bei den Individuen zueinander in Beziehung zu setzen. Letzteres gerät sowohl bei Postone als auch bei Kurz ins Hintertreffen (siehe auch Scholz 2005). Zu erwähnen ist zudem, dass sich die Einschätzung von Kurz seitdem dahingehend geändert hat, dass nicht alle Freiheit und Gleichheit unterworfen sind, auch der Verhungerte, sondern dass es von Anfang an im Kapitalismus zwischen Demokratie, Gleichheit, Freiheit und dem Ausnahmezustand gewissermaßen ein dialektisches Verhältnis gegeben hat (Kurz 2003, aber auch schon in »Die Aufhebung der Gerechtigkeit«, Kurz 1993c). Auch in anderen Aufsätzen macht er deutlich, dass ein systemischer Zusammenhang die Individuen nicht aus der Verantwortung entlässt (Kurz 1993b; »Geschichte als Aporie«, Kurz 2007).

Zurecht pocht Kurz in seinen Ausführungen im hier in Rede stehenden Aufsatz auf die Wahrnehmung der Unterschiede zur Weimarer Republik, NS-Zeit und heute, wobei er feststellt, dass heutige rechte Bewegungen und Entwicklungen mit Verwilderungstendenzen im zerfallenden Kapitalismus einhergehen, hier also nicht von einer Statik ausgegangen werden kann. Jedoch fallen transgenerationale Übertragungen bei ihm unter den Tisch und können vor seinem erkenntnistheoretischen Hintergrund nicht mehr in Augenschein genommen werden, wenn ein komplettes Anderssein von NS und einem Globalisierungskapitalismus angenommen wird. Stattdessen müsste hier die Kontinuität im Bruch gleichermaßen untersucht werden bis zum Zerfall, die Verwilderung

des Rechtsradikalismus/Nationalismus selbst. Israel ist so heute wieder Vernichtungsbestrebungen ausgesetzt, nicht zuletzt durch die atomare Bedrohung durch den Iran, auch wenn die Bedingungen heute andere sind als zu Zeiten des Nationalsozialismus, ja gerade, weil wir heute in ›Kollaps-Zeiten‹ leben (vgl. dazu allerdings: »Der Krieg gegen die Juden«, Kurz 2009).

Berücksichtigt werden muss jedoch, dass NS/Faschismus im patriarchalen Kapitalismus selbst einen universalistischen Charakter bis heute haben, was Kurz in verschiedenen Arbeiten auch (selbst) sagt. Die deutsche Nationen-Vorstellung ging um die Welt und Nazisymbole werden von den Rechten partikularistisch in Ländern gebraucht, deren Bevölkerung, etwa in Osteuropa die Nationalsozialisten zu Untermenschen erklärt hat. Dies weist natürlich wiederum auf eine Dialektik von Universalismus und NS hin, wobei die ›deutsche Ideologie‹ in Bezug auf bestimmte Weltgegenden greift, in Bezug auf andere hingegen nicht. Hier nimmt ein »Kollaps der Modernisierung« (Robert Kurz), so in etlichen Regionen der sogenannten Dritten Welt, andere Wege.

2. Dimensionen, in denen sich der neue Rechtsradikalismus zeigt

2.1 Ökonomie

DfK: Kurz zeigt vor dem Hintergrund seiner Demokratiekritik sodann auf verschiedenen Ebenen Momente und Potentiale des neuen Rechtsradikalismus, »Reiche des Bösen«, auf, die sich aus der »zivilisierten Demokratie« selbst entwickeln. Zunächst benennt er die ökonomische Krise. Demnach haben der Zusammenbruch des Ostblocks und Berichte aus den Entwicklungsländern ein Klima der Angst erzeugt, das durch die Partystimmung in den 1990er Jahren nur mühsam überdeckt wurde. Dabei ist strukturelle Massenarbeitslosigkeit ein Boden, auf dem Rechtsradikalismus entstehen kann, wenn auch nicht muss, wobei die Vertreter aus Politik und Wirtschaft erkennen lassen, dass sie keine Lösung innerhalb des Marktsystems vorweisen können. Dies führt nun aber dazu, dass die Systemkriterien bei den Verlieren umso mehr festgehalten und teilweise aggressiv verteidigt werden. In diesem Zusammenhang kritisiert Kurz auch die scheinheiligen demokratischen Intellektuellen, die so tun als habe der Rechtsradikalismus mit der Marktdemokratie nichts zu tun: »Die liberale Niedertracht, die den Markt zum allein seligmachenden Götzen erklärt hat, gleichzeitig aber von einer wachsenden Masse nicht mehr marktfähiger Menschen dreist erwartet, dass sie sich ›zivilitär‹ in ihr Schicksal und

die staatliche Armutsverwaltung fügen, gießt Öl in das Feuer von Rassismus und Rechtsradikalismus« (Kurz 1993a, 48). Schon zu dieser Zeit der fundamentalen Krise, die nach dem Mauerfall besonders im Osten sichtbar wurde, kamen viele Migranten aus dem ehemaligen Ostblock, woran sich, so Kurz zeigt: » [...] auf der einen Seite wird stur das vermeintliche westliche Siegermodell empfohlen bzw. sogar mit wirtschaftlichen und politischen Pressionen durchgesetzt, auf der anderen Seite wird man mit den katastrophalen sozialen Folgen nicht fertig« (ebd., 49). Im Westen führt diese Immigrationswelle tatsächlich zu Lohndumping, zu einer Anspannung des Wohnungsmarkts usw. Eine Konkurrenz ergibt sich dabei auch für die Hochlohnsektoren. Zudem nimmt die Importfähigkeit der osteuropäischen Ökonomien mangels Konkurrenzfähigkeit ab, Exportprodukte werden zu Dumpingpreisen verschertelt. Kurz verweist außerdem auf Verwerfungen in der EU, auf Osteuropa mit seinen Billiglohnoptionen, auf die hier nicht im Einzelnen eingegangen werden kann. Ebenso erwähnt er den Kosten- und Konkurrenzdruck aus Japan, Südchina und den Tigerstaaten. Die ›Lean Produktion‹, aus Japan kommend und Anfang der 1990er Jahre heiß diskutiert, führt so dazu, dass selbst Manager auf die Straße gesetzt werden.

NK: Seit 1993 sind einige Jahre ins Land gezogen. Die ›Tigerstaaten‹ sind niedergegangen, es kam zur Dotcom-Krise, Hartz IV wurde in Deutschland eingeführt, ein (struktureller) Antisemitismus wurde sichtbar und es wird eine ›Heuschreckenplage‹ ausländischen Kapitals beklagt, Spekulanten und das Finanzkapital werden als Schmarotzer und Totschläger des Kapitalismus angeprangert, es hat eine fundamentale Finanzkrise 2007/8 gegeben, wie Kurz prognostiziert hatte. Rettungspakete wurden geschnürt, es kam zur Griechenlandkrise und einer massiven Krise in anderen mediterranen Ländern, zu einem gigantischen Stellvertreterkonflikt im Nahen Osten, zur Flüchtlingskrise 2015, zu einem massiven Rechtsruck usw.; spätestens seit Trump wird suggeriert, dass protektionistische Maßnahmen sowie massive Ausgrenzungen und dicke Mauern den gegenwärtigen Status quo aufrechterhalten und sogar verbessern könnten. Gab es im Zuge von Globalisierungstendenzen zunächst die Auslagerung von produktiven Tätigkeiten und Dienstleistungen in Billiglohnländer, so droht im Zuge der Industrie 4.0 und entsprechender Rationalisierungen Arbeit sich überhaupt immer mehr auszudünnen. Bestimmte Unternehmen kommen dann evtl. wieder in die Heimatländer zurück, jedoch bloß, weil sich dies in Bezug auf Rationalisierungsmaßnahmen lohnt, was keine Arbeitsplätze (bzw. bloß vorübergehende, etwa im IT-Bereich) schafft, allerdings auf Ganze die Verausgabung von Arbeitskraft senkt. Steuersenkungen für die Unternehmen,

wie sie Trump vorsieht, ziehen ausländische Unternehmen an, auch wenn protektionistische Maßnahmen die Exporte drosseln. In der Weltwirtschaft ist eben alles miteinander verwoben. Bei einem Handelskrieg ziehen zudem auch Unternehmen in andere Länder mit Billiglohnoptionen, weil es im ›Heimatland‹ zu teuer wird (siehe etwa Harley Davidson). Die Besteuerung von Einzelteilen aus dem Ausland in der Autoindustrie der USA hat Trump längst Kritik eingebracht, weil dabei Mehrkosten entstehen, was auch den Schwund von Arbeitsplätzen und Teuerungen für die Konsumenten in den USA bedeutet. Über Wertschöpfungsketten geschweige denn Finanz- und Liquiditätsblasen haben Trump & Co. offensichtlich nicht so richtig nachgedacht.

In der zweiten Hälfte der ersten Dekade der 2000er Jahre hat eine EU-Erweiterung gen Osten stattgefunden, Sie hat einen Zustrom von Arbeitskräften, die manchmal nicht absorbiert werden können (dies gelingt bei den einheimischen selbst bloß aufgrund von prekarierten und Hartz-IV-Verhältnissen) mit sich gebracht. Andererseits werden ausländische Niedriglohnkräfte stillschweigend etwa auf dem Bau und im Pflegebereich geduldet, ja angeworben, die keinerlei Mehrwert mehr erzeugen ohne die ein oberflächliches Überleben des Systems nicht möglich gewesen (und es längst zusammengebrochen) wäre (von halbherzigen Kontrollen auf dem Bau sollte man sich dabei nicht beeindrucken lassen). Mittlerweile sind Menschen aus aller Herren Länder in Europa anzutreffen. Ein scheinbares Paradoxon wird sichtbar, wenn Manager zunehmend entmachteter, ausgetauscht und angeklagt werden, andererseits aber neoliberale Figuren, die schon einmal aufgrund kapitalistisch-neoliberalen Kriterien versagt haben, nun wieder nationalistisch-protektionistisch geläutert auf die Bühne zurückkommen, wie Trump.

Derweil wird sich in den abstürzenden Mittelschichten immer mehr auf die Klassenkategorie besonnen, man/frau identifiziert sich mit dem nicht mehr da seienden/bedrohten Industrieproletariat. Deklassierung darf nicht sein, stattdessen möchte man noch in postfordistischen Zeiten ein braver Industriearbeiter sein, dem einstmals in fordistischen Zeiten höchste Wertschätzung zuteil wurde. Auf keinen Fall aber darf es bei postmodernen Mittelschichtlern absolut in die Tiefe des Paria-Daseins gehen. Studien zum Antiziganismus lassen dabei in die Abgründe des Kapitalismus blicken (Darauf kann ich hier nicht näher eingehen, vgl. Scholz 2007). Herrschte das Individualisierungs-Paradigma eines Ulrich Beck bis weit in die 1990er Jahre vor, wurden in den 2000er Jahren das Mittelschichts-Paradigma und die Mayonnaise- und Pommeshaltung als Distinktionsmittel bemüht, kommt man heute wieder völlig auf den ehrlichen Industriearbeiter als Identifikationsfigur zurück (der eigentlich nie so richtig weg war), mit dem sich die

(abstürzende) Mittelschicht nun gemein macht, als habe nur dieser etwa Trump und die AfD gewählt und müsse man seinem Elend nachkommen. Rechtswähler gehen indes durch alle Bevölkerungsschichten und -gruppen, wie vielfach festgestellt.

2.2 Die obsoletere Klassenanalyse

DFK: Schon Anfang der 1990er Jahre ging also die Absturzangst auch bei denen um, die noch gar nicht unmittelbar betroffen waren/sind. Aus derartigen Situationen erwächst das Ressentiment. Es werden nun Andere sozusagen konstruiert, ein haltloser »Verzweiflungsnationalismus« greift um sich, der keine Chance auf Durchsetzung hat, wie im Aufstiegsprozess der Modernisierung. Eine solche Haltung ist nach Kurz insbesondere für abstürzende Industriearbeiter und ihre »moralisch verwildernde Jugend« charakteristisch – auch wenn sich die Alten auf einen »fordistischen Speck« gründen können, noch gar nicht bedroht sind und auf dieser Grundlage auf »Andere« schimpfen (ebd., 54). Jüngere Facharbeiter zeigen indes noch mehr Angst, weil sie sich über Konsumangebote noch mehr verschuldet haben. Eine herausgefallene Schlägergarde der Unterschichten entspricht dabei dem Ressentiment gegen Andere am meisten, die selbst am ehesten unter das sozialdarwinistische Kriterium der Überflüssigen passen. Dabei gibt es zwischen einem »desorientierten Einzelgängertum« und rassistischen/antisemitischen Gewalttaten Überschneidungen. »Der offene rechtsradikale Gewaltausbruch deutet also ebenso auf die allgemeine psychische Deformation des zur permanenten abstrakten Selbstbehauptung gezwungenen Warenspektrals hin, wie er seinen quasi konjunkturellen Anlaß und seinen sozialen Nährboden in den großen Krisensektoren der untergeordneten fordistischen Lohnarbeit findet« (ebd., 55).

Ein solcherart entstandener Neonationalismus gerät jedoch in Widerspruch mit dem großen Kapital. Die nicht mehr rückgängig zu machende Globalisierung verhindert eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit, wie in der Zwischenkriegszeit. Seitens des internationalen Kapitals finden nicht so sehr Ausgrenzungen von Ausländern statt, sondern eher von etwa den unflexiblen, überflüssigen Industriearbeitern. »Der neue Rechtsradikalismus gewinnt zwar sein soziales Potential, aber keine gesellschaftliche Durchsetzungsfähigkeit, die bei einem systemkonformen (d.h. warenförmigen) Bewußtsein auf der Linie der kapitalistischen Entwicklung liegen müßte. Er wird zum Ferment des sozialen Verfalls und perspektivloser Verteilungskriege« (ebd., 56).

Dabei könnte auch im links-alternativen, halbgebildeten Milieu, wegen Desillusionierung, Ermüdungserscheinungen, Perspektivlosigkeit, finanzieller Problemen (etwa durch

Kreditaufnahme) ein zynisches Ressentiment wachsen, verbunden mit einer »böartigen Unernsthaftigkeit« (ebd., 57). Aber hierbei ist ein Unterschied zu den »gescheiterten Existenzen« der 1920er Jahre festzustellen. War damals eine ganze Generation durch den ersten Weltkrieg von bürgerlicher Lebensplanung u.ä. abgeschnitten worden und fand so eine Entwurzelung statt, so sind die Individuen heute per se schon enttraditionalisiert und entwurzelt. Sie haben keine einheitliche Lebensvorstellung mehr (Familie, lebenslange Tätigkeit im selben Beruf, Facharbeiterstolz u.ä.), sondern ihr Kriterium ist der Markterfolg. Realiter können sie mit Familie, militärischem Drill usw. wenig anfangen und wirkt eine nationalistische Gesinnung eher aufgesetzt (vgl. ebd., 58). Ihre Angst ist der Absturz der Mittelschichten, denen sie sich selbst zugehörig fühlen (wobei Kurz damals die Mittelschichten selbst noch nur nebenbei erwähnt), der aus der Entwertung des Werts historisch-dynamisch in einer weiteren Entwicklung folgt.

NK: All dies trifft nach wie vor zu. Allerdings hat sich mittlerweile gerade in wertkritischen Kontexten, die sich aus den neuen Mittelschichten rekrutieren, eine Regression zugetragen. War es ursprünglich ein Konsens, dass ein unmittelbaristisches Verständnis gesellschaftskritisch problematisch ist, so wird schon seit Langem eine unmittelbare Lösung im Kontext einer »Betroffenheit« eingefordert. Der Krisis-Crash speiste sich nicht zuletzt daraus, dass einige wieder »normal« sein wollten und sich in ein Krisenbiedermeier, à la solidarische Ökonomie, open source, in kleine soziale Netze u.ä. flüchten wollten, wobei die Beschaulichkeitsprosa der *Streifzüge* hierzu Bände spricht (vgl. Kurz 2010). Andererseits gibt es auch Tendenzen, sich mit der Wert-Abspaltungs-Kritik – akademisch zugerichtet – ein Pöstchen an der Uni oder in manchen Stiftungen zu sichern. Ein Scheitern bzw. eine Integration in den verfallenden Kapitalismus mit seiner Krisenverwaltung ist abzusehen (vgl. Scholz 2014). Rechtsökologische Projekte gibt es schon seit Langem, ja ein Gemeinschaftsdenken und auch ökologisches Bewusstsein sind traditionell bekanntlich im rechten Denken angelegt. Dies nur nebenbei.

Heute blüht vielen »nachwachsenden« Alten tatsächlich die Altersarmut. Der »fordistische Speck« schmilzt weiter und gerade das ist nun erst recht ein Humus für das rassistische und antisemitische Ressentiment. Ebenso müssen Amokläufer, Attentäter usw. keineswegs bloß aus dem gefährdeten Industriearbeitermilieu stammen, sondern können ebenso aus Mittelschichtsverhältnissen kommen. Dabei kann sich ein »desorientiertes Einzelgängertum« in der Tat mit rassistischen, antisemitischen und sexistischen Gewalttaten (Frauenhass) im narzisstischen Selbstbehauptungstaumel überschneiden. Hip Hop etwa war dabei auch schon in den 1980er Jahren bei Unterschichts-

Jugendlichen, aber keineswegs nur bei diesen ein Hort von Antisemitismus und Frauenverachtung (vgl. etwa Jacob 1992). Dies ist also keine neue Erscheinung, sondern hier kulminiert etwas. Noch der autoritäre Neo-Neo-Nationalismus kommt heute in einer verwilderten Form daher. Entsprechend der Analysen von Kurz haben hier nur Ausdifferenzierungen in einer Steigerung in Richtung entsprechend barbarischer Entwicklungen stattgefunden.

2.3 Parteien, Politik und Rechtsradikalismus

DFK: Auch der notwendig auftauchende Antisemitismus kann es nach der historischen Großtragödie – so Kurz – nur zur Hooligan-Farce bringen, was aber übel genug sei. Dabei sind die sozialen Dimensionen groß genug, dass sich rechte Ideologie vom rechten Rand in die Mitte und die politische Klasse als Stimmungsumschwung hineinverlängert. Dies betrifft *alle* Parteien (Kurz 1993a, 59, Hervorh. i. O.) Im Unterschied zum Management muss die Politik immer auch den Stimmungen der Wähler Rechnung tragen und Bewältigungskonzepte vorlegen, die es aber nicht mehr geben kann, da es sich um eine fundamentale Krise der Marktwirtschaftsdemokratie handelt. »Bis in die als ›linksradikal eingestufte PDS [...] hinein gibt es Äußerungen, die mit den Reps um die Beschwörung ›nationaler‹ Wirtschaftsinteressen [...] gegen die EG-Integration wetteifern.« So gibt es mitunter Stimmen selbst von »Aufsteiger(n) der Yuppie-Generation« bei der SPD und der CDU, die Manager als »vaterlandslose Gesellen« beschimpfen (ebd., 60). »Es kann gar keinen Zweifel daran geben, daß der größte Teil der politischen Klasse samt journalistischem Troß dabei ist, mangels realer Bewältigungskonzepte *die Politik überhaupt* in ein ›Reich des Bösen‹ zu verwandeln, d.h. in eine vermittelte Funktion des neuen Rechtsradikalismus« (ebd., 61, Hervorh. i. O.). Eine Kapitalistenschelte gab es zwar auch in der Weimarer Republik, jedoch existiert heute eine strukturelle Schranke von politischen Eingriffen als Ganzen, die an die Grenze der Finanzierbarkeit stoßen. Stichworte: Mangelnde Abschöpfung von Geldern durch Steuern, Staatskredit (ebd., 62) Dabei kann man aber auch nicht mehr zur Nation zurück, weil die Sachzwänge des globalisierten Kapitals und des marktdemokratischen Systems wirksam sind. Gesetze können so nicht am subjektlosen Marktprozess vorbei erlassen werden, andernfalls gehen sie ins Leere.

NK: Mehr noch: wie sich heute zeigt, verschärfen Strafzölle die Krise erst recht. Andererseits hätten eine weitere Gipfelpolitik, Freihandelsabkommen, internationale

Absprachen u.ä., wie sie in der Vor-Trump-Zeit üblich waren, die Krise genauso wenig aufhalten können. Sie hätten ebenso zu Lohndumping, einer weiteren Rücknahme von Sozialgesetzgebung u.ä. geführt. Gang und Crashes der Finanzmärkte hätten sie wahrscheinlich höchstens bloß kurzfristig hinauszögern können. Die Politik ist hier in einer Zwickmühle – ganz davon zu schweigen, dass Rationalisierungsprozesse (Industrie 4.0) nicht aufzuhalten sind – und in den Industrien, wie schon gesagt, selbst wenn sie durch Steuersenkungen in die Herkunftsländer zurückgehen, Gewinne nach wie vor wohl eher auf den Finanzmärkten als in der Produktion/Realwirtschaft erzielt werden und, was die Produktion angeht, Wertschöpfungsketten von der Politik der Trump & Co ohnehin ignoriert werden.

Somit liegen Kurz' Analysen nach wie vor richtig, auch wenn die Verlaufsform der Krise sich weiterhin nicht voraussagen lässt. Nach der Schröder-Regierung und ihren auf den Weg gebrachten Hartz IV-Gesetzen schien mit Angela Merkel eine Gleichgewichtsphase zu kommen. ›Mama Merkel‹ richtet es schon, wobei genauso gut von ›Heuschrecken‹ (Münzfefering) des internationalen Finanzkapitals gesprochen werden konnte; was Kurz damals noch nicht systematisch im Blick hatte, ist ein struktureller Antisemitismus (vgl. aber Scholz 1995). Jedenfalls schien ein rechtsradikales ›Reich des Bösen‹ erst einmal gebannt. Die Krisensituation wurde beschwichtigt, das Wesentliche war ja schon durch die Sozialdemokratie getan (Hartz IV). Dabei regenerierte sich Deutschland erst einmal insofern, als es die Lohnnebenkosten zum Preis einer eigenen Verunterschichtung der Bevölkerung und der (es umgebenden) europäischen Staaten senkte. Zunächst konnte sich Deutschland so innerhalb eines globalisierten Kapitalismus behaupten. Es war im Übrigen kaum so, dass die Medien simpel Partei eines internationalen Kapitals ergriffen, vielmehr sind etwa die Spekulantenschelte ihnen schon immer inhärent, und auch bezüglich Ausländerhetze haben sie sich nichts zuschulden kommen lassen. Teutonische Yuppies, wie Alice Weidel, greifen heute wieder unverhohlen auf ihr Teutonentum zurück (vgl. auch Scholz 1995). Dabei ist daran zu erinnern, dass Trump einstmals geradezu eine Ikone des Neoliberalismus war, dem der Markterfolg über alles ging. Verbunden mit weiter voranschreitenden Verhältnissen der Prekarität und existentiellen Problemen setzt sich ein in der Krise verschärfender Alltagspositivismus durch, heute in einer nationalistischen und partikularistischen Perspektive noch vehementer als zu Beginn der 1990er Jahre. Gerade wenn politische Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen von Markt und Staat weitgehend obsolet sind, setzt man/frau auf sie und beschwört sie. Die verfllossene Politik und der Staat sollen es nun überhaupt wieder richten, nicht zuletzt bei denen, die einstmals auf den (Kasino-)Kapitalismus gewettet hatten. Damit werden sie jedoch als Farce wiederum

bloß zum Ferment der Barbarei. Die Politik geht ins Leere und wird im Rechtspopulismus noch einmal in ihrem Obsoletwerden beschworen. Trump ist dabei die Soap opera seiner selbst (die Reality-Show hat er selbst ja schon einmal erfolgreich bestritten), indem er ein nationalstaatliches Interesse noch einmal in den Grenzen der Betriebswirtschaft durchsetzen will, um die Misere zu beheben, was natürlich in einer in sich vernetzten Welt-Gesellschaft haltlos ist und bestenfalls momentan dem oberflächlichen Alltagsverstand einleuchtet und dem aktuellen Zeitgeist entspricht. Kapitalismus geht aber in einer betriebswirtschaftlichen Logik nicht auf, wie Kurz gerade in »Geld ohne Wert« gezeigt hat, da u.a. die Einzelkapitalien dem Konkurrenzprinzip gehorchen und insofern vom »prozessierenden Widerspruch« als Ganzem bestimmt werden (vgl. Kurz 1986; Kurz 2012).

2.4 Gewaltapparat: Militär und Polizei

DFK: Das Ins-Leere-Gehen demokratischer Maßnahmen ist somit der »innerste Gewaltkern und gleichzeitig die *ultima ratio* der Marktwirtschaftsdemokratie«. Nun wird das staatliche Gewaltmonopol, Polizei und Militär, angerufen. Auch diese können, so Kurz »außer Kontrolle geraten« (ebd., 63f., Hervorh. i. O.) Dabei hat das Militärische schon immer eine Affinität zu rechter Ideologie. Ins Kontor schlägt, dass Soldaten und Polizei unterbezahlt sind. Wie bei Kultur und Sozialem wird auch beim Gewaltapparat gespart. Eine gewisse Verselbständigung des Gewaltapparats ist nicht mehr zu übersehen, so Kurz – wie an dem einseitigen Vorgehen gegen Linke deutlich geworden ist, etwa bei Großeinsätzen gegen die AKW-Bewegung u.ä., wohingegen gegen rechte Gewalt oftmals nicht eingeschritten wird. Trotz postmoderner Subjektivitäten ist der staatliche Gewaltapparat nur wenig von der 68er Kulturrevolte beeinflusst worden. Dabei werden die Feindbilder schillernd, weil innen und außen schwimmt und die »übersichtlichen alten Frontlinien durcheinandergeraten« (ebd., 65).

Die Polizei droht immer mehr zum Handlanger von Gewalt gegen Schwache, Obdachlose, Schwule, Asylanten und Ausländer zu werden. In Brasilien etwa gibt es längst das Phänomen, dass Straßenkinder im Auftrag von Geschäftsleuten als Nebenbeschäftigung gekillt werden. Eine Systemkohärenz kann so jedoch nicht mehr erreicht werden. Noch in der totalitären Ausformung findet eine Verselbständigung des Gewaltapparates selbst in verwilderten Formen statt. Dafür sprechen auch Korruption, Verschränkung mit der Mafia, mit Rauschgifthandel, nicht nur in Lateinamerika. »Ob mit oder ohne Putsch und Militärdiktatur, der Gewaltapparat wird sich in einem fortgeschrittenen Stadium der Krise

auf jeden Fall verselbständigen«, aber eben nicht mehr im Sinne von »kohärente[n] Strukturen. Da der neue Rechtsradikalismus ohnehin ideologisch nicht ausgearbeitet und laufend selbstwidersprüchlich ist, kann er vermutlich subjektiv auch mit dem Widerspruch von ›Ordnungsideologie‹ und kriminellem Bandenwesen mit Plünderungsphantasien leben, wie [...] Mafiabosse ebenso wie Killer nicht selten hochreligiös sind« (ebd., 67). Für Länder in der sogenannten Dritten Welt, in Osteuropa usw. ist dies schon längst nichts Neues mehr, derartige Tendenzen machen sich auch in den westlichen Ländern breit (Das Verhältnis von Business and Crime wird von unserer Seite insbesondere von Gerd Bedszent behandelt; siehe dazu aber die Kritik von Meyer 2017).

NK: Auch derartige Einschätzungen von Kurz haben sich somit weitgehend bestätigt und können in neueren Tendenzen ausgemacht werden. Hier ist natürlich der NSU-Komplex zu nennen, wobei es Hinweise gibt, dass der Verfassungsschutz hier selbst involviert war, andererseits wurde in Hamburg gegen linke Demonstranten massiv vorgegangen. Umgekehrt mehren sich jedoch ebenso grundlose Angriffe nicht nur auf Polizisten, sondern auch auf Hilfskräfte und SanitäterInnen. Auch hierin zeigt sich die Verwilderung der sozialen Verhältnisse, wie schon Hans Magnus Enzensberger in seinem Essay »Aussichten auf den Bürgerkrieg« (1993) für manche Gegenden in der sogenannten Dritten Welt gezeigt hat, in denen sinnlos und mutwillig Kliniken zerstört werden, deren Hilfe die Zerstörer vielleicht selbst einmal brauchen könnten.

Im Militär werden immer mehr rechte Bezüge in Kasernen offenbar, wobei sich hier traditionell-männerbündisch-rechte Strukturen mit neurechten Orientierungen vermischen. Die Änderung von Kasernennamen und eine andere Ausrichtung an Traditionen durch die Trümmerfrau Ursula von der

Leyen weisen in diese Richtung, ebenso wie die dabei sichtbar gewordenen erheblichen Spannungen zwischen von der Leyen und Trägern des Militärapparates (nicht nur der Oberen). Auch an der Unterbezahlung von Polizei und Militär hat sich nichts geändert, was der Korruptionsbereitschaft nicht abträglich sein dürfte. Auf diese Weise gibt es Überschneidungen mit dem kriminellen Milieu etwa seitens der Polizei. Zugleich wird immer mehr gegen Überflüssige und Außenseiter vorgegangen. Man denke bloß an die ›unverhältnismäßige‹ Gewalt gegen Schwarze in den USA, aber auch hierzulande tobt sich der Gewaltapparat z.B. an Asylbewerbern aus, an Roma aus dem Osten. Nicht-Weiße werden mehr kontrolliert als Weiße. Der Unterschied zwischen Rechtsstaat und Ausnahmezustand ist fließend geworden – von Video- und Digitalüberwachung, physiometrischen Ausweisen u.ä. ganz zu schweigen. Trump wurde schon mit Mafia-

Kontakten in Verbindung gebracht, und für Putin gilt dies schon lange, wobei in der Vergangenheit Gazprom ins Gerede gekommen war. Nicht selten sind es diejenigen der politischen Klasse, die gegen Korruption angetreten waren, die nun ihrerseits dieses Delikts bezichtigt werden. In Brasilien fallen mittlerweile Rousseff und Lula unter dieses Verdikt und werden von selbst dubiosen Kräften angeklagt. Im militärisch beaufsichtigten Afghanistan blüht die Mohnproduktion. Die Konflikte im Nahen Osten als Stellvertreterkriege verschiedener ›Weltmächte‹ drohen aus dem Ruder zu laufen, wobei es wohl zu ›informellen‹ Einigungen zwischen offiziellen Regierungen und z.B. dem IS gekommen ist. So gab es vor einiger Zeit Gerüchte, dass ausstehende Erdöllieferungen an die Türkei per Lastwagen legal-illegal getätigt worden sein sollen. Es gibt also vielerlei Anzeichen dafür, dass der Gewaltapparat sich heute in verwildernder Form verselbständigt. Von anderen Konfliktherden der Welt, z.B. Mali, wird nur nebenbei in den Medien berichtet; im Vordergrund stehen Berichterstattungen über Konflikte, die uns direkt berühren und für uns gefährlich sein könnten. Vergessen ist auch der Bürgerkrieg im Ostkongo, der primär über die Vergewaltigung von Frauen läuft, in einer Region, in die sich auch keine UNO-Vertretungen mehr hineintrauen. Duterte von den Philippinen, wird im Gegensatz ›zu uns‹ vor allem als Bösewicht präsentiert, der allen demokratischen Regeln außer Acht lässt. So kann von der eigenen genuinen Barbarei der Demokratie als Äußeres bei ›uns‹ abgelenkt werden. Abstrahiert wird dabei davon, dass Rechtsradikale häufig demokratisch gewählt und legitimiert sind, so auch Duterte.

Immer mehr wird so sichtbar, dass die Konfliktfronten schwimmen bzw. sich unauflösbare Widersprüche auf tun, sowohl auf der weltpolitischen Bühne als auch was Meso- und Mikroebenen betrifft: Islamisten kämpfen gegen Islamisten (das sunnitische Saudi-Arabien gegen den schiitischen Iran, wobei der Jemen der Leidtragende ist). Verschiedene subalterne Ethnien außerhalb der weißen »Dominanzkultur« (Birgit Rommelspacher) bekämpfen sich, es finden Unabhängigkeitsbestrebungen innerhalb der existierenden Nationalstaaten statt, etwa Schotten gegen Engländer, Katalonier gegen Spanier usw., aber es geht noch weiter: Schwule etwa können auch xenophob sein, unterdrückte weiße Frauen gegen angeblich noch sexistischere Ausländer sein. Schwarze und Latinos können Trump-Fans sein usw. Differenzen, die die Wut rechtfertigen und die vom kapitalistischen Patriarchat ablenken, gibt es viele und machen u.a. Querfrontallianzen möglich, wie schon Robert Kurz (s.o.) festgestellt hat. Heute kommt dies erst voll zur Geltung. Dies ist natürlich auch ein Unterschied zur Weimarer Republik. Eine postmoderne Vorstellung von Identität in neurechten Zusammenhängen kommt gerade bei Widersprüchlichkeiten wie Schwule in der AfD zum Ausdruck, oder auch wenn

ein AfDler zum Islam übertritt. Vieles spricht auch hierzulande für eine kommende Drittweltisierung, wobei diese selbst durch die Polizei und den Militärapparat in Schach gehalten werden soll, was erst recht eine Chaotisierung erzeugt. Wir leben somit in einem autoritär-anarchischen Zeitalter. Mit Figuren wie Trump wird erst recht der Bock zum Gärtner gemacht. Dabei vermischen sich in der Tat auch ›normale‹ Amokläufe, wie Kurz konstatiert, mit ethnisch-fundamentalistischer Begründung, wie etwa der Münchner Amokläufer zeigt, der iranische Wurzeln hat, sich als ›Arier‹ definierte und der vermutlich massive psychische Probleme hatte.

2.5 Die 68er und der neue Rechtsradikalismus

DfK: Kurz widerspricht auch vehement Positionen, die im Antiautoritarismus der 68er die Ursachen für einen neuen (vor allem jugendlichen) Rechtsradikalismus sehen. Er polemisiert gegen selbstkritische ehemalige 68er-Antiautoritäre, die schon fast den Rohrstock, so wie die gewalttätigen rechten Jugendlichen selbst, wieder einführen wollen. Er schreibt: »Keinem der alt-antiautoritären Diskutanten scheint es in den Sinn zu kommen, dass es nicht der kritische, radikale Impuls von 1968, sondern gerade umgekehrt die Widersprüchlichkeit, Unvollständigkeit, Halbherzigkeit und Unglaubwürdigkeit des wieder in die bürgerliche Welt zurückgebogenen antiautoritären Demokratisierungs-Projekts sein könnte, die zur rechtsradikalen Ideologisierung oder zur sprachlosen Barbarei der heutigen Youngsters mehr oder weniger maßgeblich beigetragen haben. Zu dieser Widersprüchlichkeit gehört es, daß die demokratische Institutionalisierung des Antiautoritarismus [...] selbst höchst autoritäre und repressive Züge angenommen hat. Im abstrakten, subjektlosen Herrschaftsraum der Marktwirtschaftsdemokratie, dessen Charakter von den 68er Theoremen nicht einmal im Ansatz reflektiert worden war, konnte sich der antiautoritäre Impuls nur als ein (den warenförmig vergesellschafteten Individuen entsprechendes) institutionelles Subsystem realisieren, d.h. in Gestalt von zusätzlicher Sozialstaats- und Erziehungsbürokratie, Helfer-Expertentum, Psycho- und Therapiemarkt, Motivations-Management [...] usw. [...] Sie (die 68er, RS) repräsentieren nur das elaborierte Einverständnis mit den Systemkriterien, die von den Jungen nicht mehr erfüllt werden können [...] Insofern ist der neue Rechtsradikalismus der Jugendlichen tatsächlich eine Reaktion auf den Antiautoritarismus der 68er [...] Freilich handelt es sich um keine bewußte Reaktion«, so Kurz, »sonst würden ihre Protagonisten heute die Leggewie u. Co (also die systemkonform gewordenen 68er, RS) verprügeln statt Ausländerkinder« (ebd., 70f.).

NK: In der Tat gibt es mittlerweile auch längst höchst einleuchtende Analysen, die zeigen, dass die 68er zum »neuen Geist des Kapitalismus« Etliches beigetragen haben, indem ihre Intentionen selbst noch in Management-Philosophien Eingang gefunden haben (Boltanski/Chiapello 2003).

Ein Lacan-Marxismus à la Zizek konstatiert, dass die 68er mit ihrem Antiautoritarismus und entsprechenden Selbstverwirklichungsimperativen ehemals äußere Autoritäten in sich hineingenommen haben und nun dazu verdammt sind, ihr eigener Meister zu sein (vgl. Soiland 2013). Kurz sagt übrigens auch, dass die Menschen heute ihr eigener »Hitler oder Stalin« sind (Kurz 1993a, 34). Dabei will Zizek jedoch, seine Aussagen hierzu sind allerdings widersprüchlich, auf eine im Prinzip Carl Schmittsche Ordnungsmacherei linker Provenienz hinaus (und bezieht sich dabei halbironisch auf Stalin und Lenin) (vgl. Zizek 2002, kritisch hierzu: Scholz 2005). Heinz Bude behauptet in Bezug auf die 68er, dass deren wahre Revolution in Hartz-IV u.ä. in der rot-grünen Koalition stattgefunden habe (Bude 2018).

Kurz ist hier zwar sozusagen subjektivistisch unterwegs, indem er den 68ern vorwirft, sie verrieten ihre eigene Intention. Dahinter steht jedoch das Wissen, dass die 68er aus einer systemisch-kapitalismuskritischen Sicht eine Modernisierungsfunktion im verfallenden Kapitalismus/Postfordismus hatten, und genau deshalb erfolgt bei Kurz eine Anprangerung der Neuen Linken (der er selbst angehörte) und ihrer Angepasstheit. Damit habe sie den Hintergrund für einen neuen Rechtsradikalismus mit geschaffen, den sie nun wiederum »demokratisch« mit einer Mea-culpa-Haltung gegenüber ihrem angeblich antiautoritären Radikalismus bekämpfen wolle. Dennoch muss hier berücksichtigt werden, dass im abstrakten antiautoritären Entwurf »repressive Sublimierung« zur »repressiven Entsublimierung« (siehe Marcuse 1967) wurde – im Dienste des verfallenden kapitalistischen Systems mit seiner Illusion vom eigenen ewigen Weiterleben, vermittelt auch über eine Politikillusion. Insofern kann die antiautoritäre Intention von damals als solche nicht einfach in Schutz genommen werden. Heute haben wir nun das Problem von »Geldsubjekten ohne Geld«, wie Kurz in anderen seiner Arbeiten selbst sagt. Es entsteht so ein Widerspruch zwischen Permissivität und Autoritarismus, wenn entsprechende Konsummöglichkeiten nicht mehr gegeben sind. Resultat ist ein Rechts-Denken, ein Rechtsradikalismus, der sich realiter allerdings in einem verwahrlosten Autoritarismus auflöst, wie schon gesagt (vgl. Wissen 2017). Wenn eine Auswahlschlacht am Käserregal nicht mehr möglich ist (bzw. eine derartige Situation droht), wird man/frau dann halt auch schnell mal Nazi.

Die Demokratie samt ihrer Politikillusion, die bis zu den 68ern reicht, muss in der Tat selbst infrage gestellt werden, wie Kurz sagt. Hatte übrigens in Bezug auf die Leggewies & Co zu Beginn der 90er Jahre noch der Verlust der Mutter zur Begründung rechtsradikaler Umtriebe im Vordergrund gestanden (Berufstätigkeit von Frauen, das anonyme Auf-dem-Töpfchen-Sitzen in DDR-Kitas), so ist es heute die Krise der Männlichkeit, die wiederum in der konservativen Diktion für die Verlotterung der Gesellschaft verantwortlich sein soll, weshalb das probate Mittel eben die Wiederherstellung der Männlichkeit sein soll, um Ordnung und Kohärenz nach wie vor zu gewährleisten. Völlig falsch wäre es somit, sich hinsichtlich eines neuen Autoritarismus antiautoritär zu gebärden, außer Acht lassend, dass sich beide bedingen.

2.6 Geschlechterverhältnisse und Feminismus

DfK: Kurz sieht, dass im Feminismus ebenso Anpassungsleistungen vollzogen wurden wie bei den 68ern und dabei eine Stagnation festgestellt werden kann. Ein Karrierefeminismus wurde vorherrschend, der die Masse der Frauen vergaß, was insofern fatal ist, als das warenproduzierende System und die marktwirtschaftliche Demokratie »strukturell männlich bestimmt« und besetzt sind. Es kommt zum maskulinistischen Roll back, einer »gesellschaftlichen Männerherrschaft [...] mit kapitalistisch emanzipierten Vorzeigefrauen« (Kurz 1993a, 72). In diesem Zusammenhang erwächst ein neues Potential des Rechtsradikalismus: »Die absolute historische Schranke des Systems ist aber auch die Schranke seiner gesellschaftlichen Reproduktion. Der immanent unlösbare Selbstwiderspruch der Marktwirtschaftsdemokratie zeigt sich auch darin, daß ihre stumme strukturelle ›Bedingung der Möglichkeit‹ einerseits die inferiore, flankierende und weder völlig bürokratisierbare noch völlig monetarisierbare Frauenrolle ist, daß jedoch andererseits die Frau als Warensjekt selber abstraktes Individuum wird und die systemstabilisierende Rolle nicht mehr ausreichend trägt« (ebd., 73). Der neue Rechtsradikalismus versucht nun sexuelle Konstanten zu restituieren, um damit den Zerfall der traditionellen Familie, der Verwahrlosung in der Erziehung usw. aufzuhalten. Deshalb gilt nach Kurz auch hier: Der »neue Rechtsradikalismus gewinnt Kraft, aber keine gesellschaftliche. Die gesellschaftliche Strukturveränderung läßt sich ebensowenig zurückdrehen wie die Aufhebung der nationalökonomischen Kohärenz des Kapitals und das Obsoletwerden der ›Arbeit‹. Unter den veränderten Lebensbedingungen der späten Marktwirtschaftsdemokratie *können* die Frauen gar nicht mehr zur Fraglosigkeit der alten Geschlechtsrolle zurückkehren [...] Das maskulinistische ›roll back‹, das sich

legitimatorisch auf die Defizite einer steckengebliebenen systemimmanenten Frauenemanzipation beruft, will die Krisenlast in jeder Hinsicht dreist auf die Frauen abladen. Weil dies praktisch in der alten Weise nicht mehr möglich ist, ist die Reaktion buchstäblich eine Gewaltorgie in den Poren des kapitalistischen Alltags gegen Frauen und Kinder. Diese männliche Alltagsgewalt vermittelt sich mit der rechtsradikalen Straßengewalt, und es gibt zweifellos auch eine klammheimliche männliche Freude angesichts der Massenvergewaltigungen in den jugoslawischen und kaukasischen Bürgerkriegen« (ebd., 74, Hervorh. i. O.). Frauen im Osten waren dabei übrigens nicht emanzipierter. Obwohl sie am Produktionsprozess gleichberechtigt teilnahmen, was der »nachholenden Industrialisierung« geschuldet war, waren sie trotz staatlicher Kinderbetreuung etc. ganz selbstverständlich für Haushalt und Kinder zuständig. Psychosozial, so Kurz, wurden die Geschlechterrollen in gewisse Weise mehr konserviert als im Westen.

Dabei stellt Kurz ganz allgemein fest, dass trotz einer »Affinität rückständiger Binnenstrukturen zur ›rechten‹ neo-nationalistischen Ideologie [...] natürlich die Länder des ehemaligen Ostblocks den Prozeß der kapitalistischen Globalisierung noch weniger zurückdrehen können als die westlichen Länder [...] Die aufgrund ihrer kapitalistischen Rückständigkeit besonders starke *ideologische* Re-Nationalisierung läuft ökonomisch an die Wand und ist zur Bildung kohärenter Reproduktionsstrukturen ebenso unfähig wie der Westen« (ebd., 77, Hervorh. i. O.).

NK: Frauenunterdrückung und Gewalt gegen Frauen nehmen heute sogar wieder zu und werden nach wie vor bloß als Nebenwiderspruch abgetan. Alles darf sein, aber auf keinen Fall darf das Geschlechterverhältnis eine wesentliche Widerspruchsstruktur sein. Dem entsprach auch eine Behandlung der sog. Frauenfrage in den 1990ern, in der sie bloß als eine unter vielen sozialen Disparitäten anerkannt wurde bzw. ein Queerfeminismus mit seiner Dekonstruktion der Zweigeschlechtlichkeit zur Entnennung des hierarchischen Geschlechterverhältnisses beitrug (siehe Scholz 2011). Kurz nimmt den ›Abspaltungsgedanken‹ zwar auf, dringt aber noch nicht, wie auch andere, zur Grundform der Wert-Abspaltung vor. Er macht sie eher auf einer deskriptiven Ebene dingfest. 1993 war die kategoriale Ausarbeitung der Wert-Abspaltungs-Kritik aber auch noch alles andere als weit gediehen. So kam er damals auch nicht auf die Zeitdiagnose einer Verwilderung des Patriarchats (vgl. Scholz 2000/2011).

Mittlerweile wird aber auch deutlich, dass sich Frauen als »doppelt vergesellschaftete« (Becker-Schmidt) in ihr Schicksal als Krisenverwalterinnen nicht einfach widerstandslos

einfügen. Der Feminismus erlebt nach einer Latenzphase des Dekonstruktivismus nicht zufällig eine Renaissance. Man kann es aber auch strukturalistisch so formulieren: Ein kapitalistisches Patriarchat im Verfall kann sich eine traditionelle Männerherrschaft auch im symbolischen Sinne nicht mehr leisten, wenn Frauen eben Krisenverwalterinnen werden (müssen). Von daher ist auch der aktuelle Geschlechterkampf zu verstehen. Im Gegenüberstehen von Männerrechtsbewegungen und neuem Feminismus werden gesellschaftliche Widersprüche des kapitalistischen Patriarchats selbst augenfällig, angesichts derer jedoch immer noch auf eine Krisenbewältigung innerhalb der gegebenen kapitalistisch-patriarchalen Verhältnisse gehofft wird, weshalb der ›hausfrauisierte‹ Mann auch zuschlägt, um seinen verblichene(n) Status wiederzugewinnen. Eine solch schräge immanente Hoffnung gilt auch für Frauen, selbst wenn eine enttraditionalisierte Männlichkeit heute in der Barbarisierung erst recht wieder auf sich dringt und Frauen faktisch, evtl. noch mit Kind, schließlich komplett ›selbständig‹ sein müssen. Deshalb sollte man/frau auch keinesfalls in billiger und oberflächlicher Weise auf Woman's-March-Romantiken im Sinne einer Hoffnung auf eine weltweite gesellschaftliche Veränderung, geschweige denn Transzendierung, vertrauen, als wäre die Hoffnung ›Maria breit den Mantel aus‹ doch noch erfüllt worden.

2.7 Weil das Land sich ändern muss ...?

DFK: Kurz fasst seine Einschätzung am Schluss seines Artikels noch einmal zusammen anhand des Manifests »Weil das Land sich ändern muss«, das Anfang der 1990er Jahre hohe Wellen schlug (Dönhoff u.a. 1993). Er glaubt, dass Demos, Lichterketten usw. gegen Rechts »glaubwürdig und entwicklungsfähig« sind, allerdings müssten sie Einsicht in die Problematik der Marktwirtschaftsdemokratie gewinnen und erkennen, dass man/frau sich nicht so einfach darauf berufen kann. Dabei kommt er wiederum auf das »(un)heimliche Zusammenspiel von demokratischem Diskurs und mörderischem Rechtsterrorismus« zu sprechen. So ist die damalige Asyldebatte noch von hoch demokratischen Politikern angeschoben worden. Die Krise soll auf Kosten der Schwächeren bewältigt werden. »Oben und unten« ergänzen sich dabei prächtig. Die Krise soll draußen bleiben. Dabei hat der »demokratische Diskurs [...] selbst die Aufgabe, die jeweils auszugrenzende [...] Population zu definieren und dieses niederträchtige Unterfangen in humanistische Phrasen einzunebeln« (Kurz 1993a, 79).

»Die Mordbrennerei primitiver Schlägerbanden erhält so eine wichtige *Entlastungsfunktion* für den demokratischen Diskurs, der dasselbe Ziel nun gemäßigt, formalisiert und effizient

verfolgen kann, während er gleichzeitig seiner Entrüstung über den abgespaltenen und veräußerlichten Klartext seines eigenen Tuns freien Lauf läßt« (ebd., 80, Hervorh. i. O). Kurz spricht von »demokratische[r] Heuchelei« (ebd., 80). »Die glorreichen Manifestanten wollen dem aufkommenden Rechtsradikalismus entgegentreten; aber sie merken nicht einmal, daß genau ihre Predigt und deren Begriffe sich wortwörtlich schon längst in den Traktaten des Rechtsradikalismus selber findet, der ebenso wie sie oberflächlich gegen die spätmoderne ›Egozentrik‹ wettet, um die Krise des warenproduzierenden Systems regressiv zu wenden (Scheinaufhebung der nackten Geldlogik in der Re-Imagination des Nationalen), und der gerade in diesem Kontext seine kriminelle Energie entwickelt« (ebd., 82). Nach Kurz folgen die Subjekte jedoch nur einer Demokratie in ihrer Inhaltsleere, der jede Moral und Ethik äußerlich ist. Längst verfllossene Tugenden und Werte sollen so reaktiviert werden im Verbund mit rechten und rechtsradikalen Vorstellungen. Die Subjekte haben heute die »instrumentelle Vernunft« mehr verinnerlicht als zu NS-Zeiten, als diese erst in sie repressiv implantiert worden war (eine Entwicklung, die im engeren Sinne schon im 19. Jh. ihren Lauf genommen hat) (ebd., 82).

Darüber hinaus ignoriert ein Rekurs auf alte Tugenden und ein Sparsamkeitsdiktat die grundsätzliche Widersprüchlichkeit des Kapitalismus, die heute kulminiert: Die »Leute (sollen) gleichzeitig eigennützig und altruistisch, gleichzeitig durchsetzungsfähig und hilfsbereit; konkurrenzfähig und solidarisch sein [...] gleichzeitig (sollen) sie [...] arm und reich sein, [...] sparsam und verschwenderisch, [...] dick und dünn, asketisch und hedonistisch (ebd., 84).

Nachdem die Mehrheit der Linken sich in Systemkonformität und Krisenverwaltung übt, tritt der Rechtsradikalismus an ihre Stelle, der den Übergang der Marktwirtschaft in die Barbarei noch schneller befördert.

Ein Fazit von Kurz ist: »Das zerstörerische Kriterium der betriebswirtschaftlichen Rentabilität muß gebrochen werden; wesentliche Ressourcen sind aus den Steuerungsmechanismen von Markt und Staat (Geld und Macht) zu entlassen, auf internationaler wie auf regionaler Ebene. Die Aufhebung der Nationalstaaten muß ebenso institutionalisiert werden wie die Aufhebung der bürgerlichen Blutsfamilie. Der abstrakte Universalismus des Westens, der jetzt seine repressive Seite als globale Krise entfaltet, muß abgelöst werden durch eine ›sinnliche Vernunft‹, die nach sozialen und ökologischen Kriterien konkret diversifiziert, ohne ›völkisch‹ und irrationalistisch zu selektieren (ebd., 86).

NK: Mittlerweise ist der »Ausgrenzungsimperialismus« (Kurz 2003) frech geworden im

Sinne etwa von Trump und braucht sich noch nicht einmal mehr auf eine allgemeine Demokratie zu berufen. Der Zusammenhang zwischen Rechtsradikalismus und Demokratie ist heute überdeutlich geworden, indem nun verstärkt, nach den großen Flüchtlingsbewegungen 2015/16 die Grenzen Europas und zwischen den einzelnen europäischen Nationalstaaten dicht gemacht werden. Den Flüchtlingen wird zugemutet, in der Türkei bei Schergen wie Erdogan oder in den verwilderten Verhältnissen in Libyen zu verbleiben, in denen die Barbarei schon weiter fortgeschritten ist. Kurz bringt zur Bewältigung der verheerenden Gesamtlage Vorschläge zur (immanenten) Veränderung, an die er wohl selbst nicht glaubt; aber das blüht einem, wenn man dem dauernden Gedrängel ›Gib uns Konzepte, zeig uns, was wir tun sollen!‹ ausgesetzt ist. Dann greift man zu Pseudokonzepten, auch wenn man weiß, dass diese nicht wirklich weiterführen können.

Nach diesen Ausführungen braucht eigentlich nicht mehr eigens erwähnt zu werden, dass die Rede von der Regression heute die gegenwärtige Situation nicht angemessen begreift, als wäre eine problematische Globalisierung, die auf den Grundfesten eines repressiven Universalismus, ruht besser gewesen. Stattdessen muss davon ausgegangen werden, dass diese angebliche ›Regression‹ aus Globalisierungsprozessen und demokratischen Strukturen selbst hervorgeht, wenn der Kapitalismus an seine Grenzen stößt. Hingegen ginge es darum, in emanzipatorischer Absicht einen *neuen* Universalismus jenseits des alten kapitalistisch-patriarchalen Universalismus und einen neuen Partikularismus des Nationalen und Regionalen anzustreben, fern falscher abstrakt-partikularer Vermittlungen, die eine bloße ›Betroffenheit‹ zum Ausgangspunkt machen.

3. Zusammenfassung: Die Demokratie frisst ihr Kinder – heute

3.1 Kontinuitäten und Brüche

Insgesamt kann also gesagt werden, dass sich die Prognosen von Kurz bestätigt haben, vom Niedergang der Tigerstaaten über die Dotcom-Krise bis hin zum Finanzcrash 2008 (wobei weitere solcher Crashes wahrscheinlich sind) als auch was eine massive Entwicklung nach rechts im Kontext einer weiteren Verwilderung und Barbarisierung der Verhältnisse betrifft. Dabei ist eine Dialektik von Chaos und Ordnung festzustellen, die den Zerfall des Kapitalismus beschleunigen hilft, wenn heute eine Krisenverwaltung im nationalen und lokalen Rahmen versucht wird, wie vielfach zu beobachten ist (siehe

Trump, Erdogan, Orban usw.) (vgl. Scholz 2006). Kurz zeigt dabei Unterschiede zwischen der Weimarer Republik und heute (d.h. Anfang der 1990er Jahre) auf. Entscheidend ist, dass wir uns spätestens seit Anfang der 1990er (wenn nicht schon seit den 1970er Jahren) bereits im Abstieg des Modernisierungsprozesses befinden, der heute noch weiter gediehen ist. Von diesem Ausgangspunkt aus sind neurechte Entwicklungen spätestens seit Ende der 1980er Jahre bis heute zu analysieren im Gegensatz zu Weimarer Republik/ NS, die in der Aufstiegsphase des Kapitalismus zu verorten sind. Nach dem weithin unvermuteten Crash 2008 (wer vorher eine derartige Prognose wagte, wurde für verrückt erklärt) sind wir dabei, in eine zweite Phase des »Kollaps der Modernisierung« einzutreten. Kurz zeigt in seiner Kritik des Manifests »Weil das Land sich ändern muss« auf, wie sich rechtes und ein bürgerlich-demokratisches Denken vermischen können, eine Tendenz, die heute mehr denn je sichtbar wird. Wie der Text von Kurz zeigt, macht es somit wenig Sinn, Rechtsentwicklungen mit AfD, Pegida usw. beginnen zu lassen, wie Daniel Späth dies in seinem Text »Querfront Allerorten! oder Die ›neueste Rechte«, die ›neueste Linke« und das Ende der gesellschaftlichen Transzendenz« tut (Späth 2017). Diese Rechtsentwicklungen formieren sich zwar heute neu, gewinnen auch eine neue Qualität. Sie sind aber nicht vom Himmel gefallen. Die postmoderne negative Freiheit ging schon immer mit rechten Tendenzen als vermeintlichem Gegenpol einher, was spätestens seit Ende der 1980er sichtbar wurde. Schon damals waren entsprechende Strukturen und Widersprüche erkennbar (siehe hierzu die Arbeiten von Wilhelm Heitmeyer u.a. in den letzten Jahrzehnten). Seltsamerweise spart Späth aber diese Phase im Hinblick auf einen Rechtsdrall heute weitgehend aus.

Wichtig wäre es stattdessen die Fortentwicklung der von Kurz dargelegten Struktur von der Bedingtheit von Demokratie und rechten Ideologien in den letzten 25 Jahren zur Situation der 1990er Jahre herauszuarbeiten, wie ich es bloß stichwortartig gemacht habe. Dabei müssten m. E. Kontinuitäten und Brüche spätestens seit der Weimarer Republik (wenn nicht seit der Romantik) über die Postmoderne bis heute herausgestellt werden.

Zu unterscheiden wären dabei heute in ihrer Verbundenheit und Getrenntheit die Metaebene des »Kollaps der Modernisierung«, eine länderspezifische Mesoebene und eine sozialpsychologische Dimension der transgenerationalen Übertragung, insbesondere in Deutschland, was den Holocaust betrifft (aber nicht nur – man denke an das koloniale Erbe in anderen Ländern, auch wenn eine völkische Ideologie sich keineswegs auf Deutschland beschränkt). Insofern können nicht alle weltgesellschaftlichen Verhältnisse identitätslogisch über einen Löffel balbiert werden, auch wenn eine Verwilderungstendenz heute allgemein besteht. Ein derartiges Erbe ist es auch, das die psychodynamische Basis

bildet, weshalb es rechtes Gedankengut vor allem in Krisensituationen aus der ›Volksseele‹ gewissermaßen aufsteigen lässt.

3.2 ›Querfront allerorten!‹?

In diesem komplexen Kontext wären dann im Gegensatz zu Daniel Späth Unterschiede zwischen heutigen Querfronttendenzen und einer gegenwärtigen »Restitution« vor allem »nationaler Souveränität« (Späth) herauszuarbeiten. Querfronttendenzen gab es übrigens bereits schon seit der Weimarer Republik, was er bloß in einer Fußnote erwähnt, und auch über einen postmodernen Ethnopluralismus (als Pendant zum linken Multikulturalismus) eines Benoist der Nouvelle Droite, eine Perspektive, die selbst noch die Europa-Idee rechts besetzte, geschweige denn von der *Jungen Freiheit*, die schon seit 1986 existiert und immer wieder linkes Gedankengut vereinnahmen will und dabei wiederholt Besprechungen von exit! gebracht hat u.ä., weiß Späth anscheinend nichts. Im Folgenden gehe ich auf den bereits oben genannten Artikel von Daniel Späth etwas genauer ein. Unter ›Querfront‹ wird im Allgemeinen die Überschneidung von rechten und linken Positionen und entsprechenden Strategien verstanden. Späth jedoch verwendet diesen Terminus für das Durcheinandergehen verschiedener politischer Positionen überhaupt und entsprechende Verwerfungen im Hinblick auf Schnittstellen mit der Rechten, insbesondere zwischen neoliberalen und rechten Inhalten. Wenn man/frau über ein Thema schreibt, sollte er/sie sich vorher über dieses erst einmal informieren. Dies gilt für den Text von Späth insgesamt. Angeblich sollen Links-Rechts-Vermischungen bei Späth in kommenden Texten noch folgen. Hierbei hätte ein Querfrontbegriff, wenn er schon im Titel auftaucht, geklärt werden müssen und nicht auf fast 120 exit!-Seiten erst einmal falsch verwendet werden dürfen. Etwaige Erweiterungen dieses Begriffs hätten explizit erfolgen müssen. Dabei wäre auch zu klären gewesen, was eine neue Linke und eine neue Rechte ist, wenn von neuester Linker und neuester Rechter die Rede ist. Es ist nicht recht klar, worauf Späth eigentlich hinaus will. Von einer neuen Rechten, nicht nur in Deutschland, ist schon seit einigen Dezennien die Rede. Darüber legt auch der hier in Rede stehende Artikel von Kurz aus wertkritischer Warte Zeugnis ab.

Entwicklungen rund um Deutschland seit Jahren, ja Jahrzehnten, wie die ›Freiheitlichen‹ in Österreich, Le Pen in Frankreich, Wilders in den Niederlanden usw. werden von Späth überhaupt nicht berücksichtigt. Derartige Tendenzen spart er aus, obwohl es ihm um Europa geht.

Gerade vor dem Hintergrund der Ausführungen von Kurz muss auch nicht noch einmal

bewiesen und akribisch belegt werden, dass eine »Restitution von Souveränität« heute versucht wird und dies gleichzeitig sinnlos ist. Das ist den Ausführungen von Kurz sowieso schon inhärent und außerdem schon von der unmittelbaren Beobachtung her evident und banal. Späth erfindet so das Rad neu, wenn es schon überall Autobahnen gibt (vgl. Kurz 2007). Andererseits schlägt er eine bisherige Wert-Abspaltungs-Kritik in den Wind, wenn er schreibt: »Die von den in immer kürzeren Perioden auftretenden Entwicklungsschüben erzwungene Verdichtung des Zeithorizonts entlässt nur mehr eine paranoide Unrast, die den Boden für eine neue Politisierung der europäischen Öffentlichkeit bereitet. Beklagte die politische und mediale Öffentlichkeit seitdem das ›Ende der Geschichte‹ allerorten die Apolitisierung Europas, schießen seit der Finanzkrise neue soziale Bewegungen und Parteien aus dem Boden, die sich nicht selten binnen weniger Monate, ja Wochen zu Massenversammlungen konsolidierten. Die postmodern-immanente Wende ist eben auch eine des fetischistischen Bewußtseins und seiner Gedankenformen« (Späth 2017, 96). Späth redet hier tatsächlich allen Ernstes von einer Re-Politisierung, anstatt das Aufkommen rechter Bewegungen und neuer rechter Parteien in den Kontext der Krise und einer Erosion, Entleerung von Demokratie und Politik zu stellen, also eines Prozesses, den Kurz unter den Befund »Die Demokratie frißt ihre Kinder« fasst und der seit dem Crash 2007/8 nun in der Tat in ein neues Stadium eingetreten ist. Statt von »Repolitisierung« wäre hier doch eher von einer rechten Antipolitik auszugehen. Stattdessen gewinnt man/frau den Eindruck, dass bei Späth die rechten Entwicklungen und Parteien als »Ereignis« über uns kommen. Dass der Rechtsruck der letzten Jahre einen Vorlauf in der jüngeren Vergangenheit hat, wird von Späth zwar einmal erwähnt, er bleibt seinen Analysen jedoch äußerlich (ebd., 134f.). Ihm wird nicht systematisch in der Gesamtanalyse Rechnung getragen. Obwohl Späth die Rede vom »Ereignis« in diesem Zusammenhang zurückweist (ebd., 150), lässt er die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte im Hinblick auf die heutigen Rechtsentwicklungen unhistorisch beiseite und leitet sie unmittelbar aus der deutschen Blutsideologie im Kontext einer Wesens- und Erscheinungs-Argumentation ab, die konkrete Totalität in Bezug auf rechte Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten außer Acht lassend. Unklar ist auch, was er meint, wenn er von einer postmodern-*immanenten* Wende spricht. Die von Späth thematisierten Entwicklungen sprechen doch eher dafür, dass wir uns im Zeitalter des Auslaufens der Postmoderne oder gar des Endes der Postmoderne befinden, spätestens seit dem Finanzcrash 2007/8, und hier ein Umschlag in eine neue Qualität stattfindet. Als Ausgangspunkt wählt Späth das Bild eines »friedlichen Europa«, dem neuerdings der Garaus gemacht wird.

In Wirklichkeit war Europa noch nie wirklich »unten« angekommen. Das Bild eines »friedlichen Europa« war eben schon immer eine ideologische Vorstellung, auch wenn seit 1945 ein Großkrieg auf europäischem Boden ausblieb (worauf gern verwiesen wird).

Das belegen etwa das Gastarbeiter-Ressentiment über die Kritik an der überzüchteten chemikalien-gespritzten Standard-Euro-Sau bis hin zur Euro-Umstellung, die den Deutschen erst durch Werbung schmackhaft gemacht werden musste (Die D-Mark geht, der Euro kommt), wobei der Euro nach seiner Einführung als Teuro bemängelt wurde u.v.m. Es ist nicht eindeutig, ob Späth dieses Bild ironisch anführt. Es gibt Formulierungen, die dafür sprechen, dass er es ernst nimmt, denn seit 2008 soll sich Grundsätzliches geändert haben: Die »Zeiten haben sich gehörig geändert. Mit der sogenannten Finanzkrise 2008 nahm eine Erosionsbewegung an Fahrt auf, deren Krisendynamik jeden Baustein der europäischen Identität Schritt für Schritt aus den Fugen hob und für obsolet erklärte. Sei es das Diktum des europäischen Wohlstands, dasjenige der sozialen Gerechtigkeit oder aber die Selbstgewissheit eines friedvollen Europa: Wie die massiven Arbeitslosenzahlen und die exorbitante gesamteuropäische Staatsverschuldung spottete neben der europäischen Beteiligung am krisenimperialistischen »Kampf gegen den Terrorismus« schließlich auch der Krieg in der Ukraine der Ideale des alten Kontinents, deren redundante Anpreisung seitdem nurmehr zaghaft, und mit nostalgischem Unterton versetzt, platziert wurde« (ebd., 96).

Einer Verwilderung der kapitalistisch-patriarchalen Welt-Gesellschaft entspricht die Verwilderung des dazugehörigen Bewusstseins. Alles geht durcheinander. Diese Einsicht wäre gerade bei einer Analyse der neuen Rechten *voranzustellen*. Ein derartiger Umstand hat sie in ihren neuesten Formen erst hervorgebracht, ein Zustand, auf den sie sodann mit einer hilflosen Ordnungsmacherei zu reagieren versucht, womit sie jedoch genau entsprechenden Tendenzen und einer weiteren Barbarisierung im Kontext einer Krisenverwaltung zuarbeitet, mit Verwerfungstendenzen noch innerhalb ihrer selbst. Die kapitalistische Vorgeschichte seit der Neuzeit wäre von Späth dabei in gebotener Kürze darzustellen gewesen; man muss nicht ausladend bei Adam und Eva anfangen, wenn das eigentliche Thema »Querfront allerorten« heute und die »neueste Rechte« und die »neueste Linke« heißt. Angesichts rechtsradikaler Tendenzen kam es Kurz gerade darauf an, Globalisierung und Postmoderne im Gegensatz zu altlinken Verständnissen als neues Stadium, als Verfallsstadium des Kapitalismus, herauszustellen. Just dieses Stadium ignoriert Späth jedoch und glaubt offenbar mit dem Eintreten des von Kurz prognostizierten Finanzcrashs und dessen Folgen diese Entwicklung im Sinne eines Neuesten vom Neuen kredenzen zu müssen.

Späth beansprucht, eine allgemeine Logik mit der konkret-empirischen Realität (konkrete Totalität) zu verbinden, und schickt sich an, fliegenbeinzählerisch diverse rechte Orientierungen heute zu untersuchen. Verschiedene rechte und in sich selbst widersprüchliche Programme werden bei ihm jeweils nach dem Verhältnis zwischen einer inneren und äußeren Krisenverwaltung, nach Mittelschichtsinteressen, einem negativen Universalismus und nationalen Partikularismus usw. zu sortieren versucht, wobei prinzipiell nichts einzuwenden wäre.

Dabei soll auch dem »Nicht-Identischen« Rechnung getragen werden, indem verschiedene Stränge aufgedröselt werden. Diese Mühe kann man sich machen, allerdings liegen mittlerweile genug Untersuchungen vor, die den rechten Wirrwarr und rechte Bewegungen als »gärigen Haufen« (Gauland) aufzeigen. Dies war schon vor Pegida und AfD so. Unsere Aufgabe wäre vielmehr, diesen Wirrwarr und entsprechende heutige (Querfront-)Bewegungen durchaus auch in ihrer Unterschiedlichkeit in einem fortgeschrittenen Stadium des »Kollaps der Modernisierung« zu dechiffrieren, in dem sich scheinbar eine babylonische Sprachverwirrung breit macht (und andererseits eine Marx-Renaissance nicht nur im Hinblick auf den Klassenkampf, sondern auch indem eine akademisch wohlgeordnete formale Fetischismus-Kritik, die von der Prozesshaftigkeit der realen gesellschaftlichen Entwicklungen abstrahiert, nach dem Niedergang der Wissenschaft sich nun erst recht in ihrer formalen Logik pseudobegrifflich wissenschaftliche Weihen zu erheischen gedenkt). Späth gibt vor, eine Begriffsbildung zu intendieren, die der babylonischen Sprachverwirrung entgegen tritt. Dies versucht er auch mit dem Label der »Dialektik der Ideologien« und des nichtssagenden Begriffs eines »Bedingungszusammenhangs« (exit! Nr. 14 Editorial, 17) zu bemeistern, wobei nicht so ganz klar wird, was er eigentlich damit meint. Letztlich verfangen sich seine Ausführungen in der Empirie und bleiben den ihr entsprechenden widersprüchlichen Tendenzen gegenüber begriffslos.

Einige Zitate hätten genügt, um heutige widersprüchliche rechte Ideologien zu illustrieren. Um einen Bezug auf die konkrete Totalität und die Empirie herzustellen, wäre u.a. auf die jahrelangen Studien von Heitmeyer u.a. zu Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt und sozialer Desintegration zurückzugreifen Sie hätten geholfen, den *Hintergrund* von rassistischen und rechten Tendenzen und den nochmaligen heutigen Rechtsruck zu erhellen (auch wenn diese Untersuchungen selbst keinen wert-enspaltungskritischen Bezug aufweisen). Stattdessen folgt Späth oberflächlichen Zeitdiagnosen, so dass der Eindruck entsteht, in einem blitzartigen Ereignis seien breite rechte Bewegungen und Parteien entstanden (wert-enspaltungskritische Arbeiten hierzu gibt es auch seit über

zwei Jahrzehnten - siehe etwa Kurz 1999, 762f.; Scholz 1995; Scholz 2006; Scholz 2007). Es gibt Passagen in den Ausführungen von Späth, die eine Vorgeschichte nahelegen (Späth 2017, 175), jedoch hätte er dann von der Behauptung erdrutschartiger Veränderung (vgl. ebd., 140) in den letzten Jahren Abstand nehmen müssen. Seine Argumentation ist somit widersprüchlich. Man könnte auch sagen: Das, was in wertkritischen und wert-enspaltungskritischen Zusammenhängen in den 1990er und 2000er Jahren herausgearbeitet wurde, wird erst jetzt richtig sichtbar. Das hätte in einem wesentlich kürzeren Text/Essay dargestellt werden können. Späth beginnt dabei ausladend mit den kapitalistischen Anfängen, Bodin u.ä., lässt naheliegende Analysen im heutigen wert-enspaltungskritischen Kontext aber bezeichnenderweise außer Acht, ausgerechnet diese scheinen ihm offenbar nicht implementierenswert.

Trotz aller Operationen mit vor allem Kurz'schen Begrifflichkeiten entsteht bei Späth der Eindruck, dass im Jonglieren mit abstrakten wert-enspaltungskritischen Termini und einem kernigen, selbstgewissen Schreibstil von dem Defizit abgelenkt werden soll, dass er mit einer widersprüchlichen Empirie und diversen Ebenen nicht fertig wird. Er muss sich ständig dessen vergewissern und noch einmal das entfalten und kompilieren, was in der wert-enspaltungskritischen Theoriebildung und Analyse längst vorliegt, vermeintlich selbstdenkerisch Neues generierend. Das Textvolumen ist dabei eher ein Anzeichen dafür, dass man dem zu bearbeitenden Gegenstand nicht gerecht wird. Weniger wäre mehr gewesen. Dabei wären auch Veränderungen seit 2008 deutlich zu machen. So wäre z.B. vielleicht zu erwägen, ob von der Krisenverwaltung zur Notstandsverwaltung und dem Übergang von der Zersetzung zum Zerfall nationalstaatlicher Souveränität im Kontext weiter bestehender globaler Konkurrenz und einer weiteren Entwertung des Werts seit 2008 gesprochen werden könnte (vgl. ebd., 135). Im Detail sind keineswegs alle Analysen von Späth einfach falsch.

Wenn Späth jedoch versucht, verschiedene Ebenen zueinander in Beziehung zu setzen (Ökonomie, Politik, Deutschland, Europa, Neoliberalismus, Globalisierung, soziale Schichtung usw.), vermag er aufs Ganze gesehen ihre Vermittlung nicht zu bewerkstelligen. Diese Ebenen werden eher überfliegerhaft zusammenmontiert und nicht selten kurzgeschlossen. Vielleicht versteht er ja das unter »Bedingungszusammenhang« (s.o.)? So wirkt sein Text eher wie ein aufgeblasener Ochsenfrosch. Er umkreist beständig und redundant seinen Gegenstand, und versucht dabei alle möglichen Ebenen und Dimensionen einzubeziehen. Insbesondere im Schlusspunkt seines Aufsatzes »Die ›neueste‹ Rechte im Widerspruch« offenbart sich seine Konfusion. Die Rede von Identität und Nichtidentität rechter Ideologien verschwiemelt sowohl das Wesen rechter Ideologien

als auch ihre Diversität in der Verwilderung heute (ebd., 179f.). Die »Nichtidentität« von rechten Positionen lang und breit auszuführen, bringt hier nicht weiter, weil ohnehin ganz offensichtlich ist, dass diese (und nicht nur sie) durcheinandergehen, was Kurz schon 1993 feststellt (s.o.). Wenn die Welt ohnehin schon kirre ist, sollte dieser Zustand mit dem Label der »Nicht-Identität« nicht noch einmal geadelt werden, sondern ist als solcher zu benennen. Dies verlangt m.E. der konkrete Gegenstand der zerfallenden Welt-Vergesellschaftung im Sinne Adornos gerade bei all den Differenzen heute und einer allenthalben vorfindbaren immanenten Pseudo-Vielfalt in der Postmoderne. »Nichtidentität« wäre gerade außerhalb dieses Zustands zu finden, in Distanz zu dieser falschen Situation. Der Text von Späth stellt so ein Provisorium dar, er ist eher eine Vorarbeit zu noch auszuarbeitenden Texten. Streckenweise bietet der Artikel – wie gesagt – gute Analysen in Anlehnung an Kurz, z.B. zur »Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte ›deutscher Ideologie«« (ebd., 101f.). Derartige Bestimmungen stehen dann andererseits neben unausgegorenen Diagnosen, gerade der Gegenwart, wie festgestellt.

Zum Gesamten sei abschließend noch angemerkt: Aus Darstellungsgründen wurde von mir dabei die Wert-Abspaltungs-Form, die, wie gesagt, heute mit all ihren Verwerfungen zur Grundlage gemacht werden müsste, ebenso wie der Turn von Kurz vom Warenfetisch zum Kapitalfetisch nicht explizit berücksichtigt. All dies auch noch einzubeziehen wäre unmöglich gewesen. Auf der phänomenologischen Ebene wäre noch nachzutragen: Der 11. September 2001, die Ukraine-Krise, die Krise in Griechenland, Italien u.v.m., andere Entwicklungen dieser Art mögen künftig noch hinzukommen. Mir ging es hier vor allem um die Skizzierung der Verfallslogik der gegenwärtigen kapitalistisch-patriarchalen (Welt-)Vergesellschaftung als Prozess, in ihrer historischen Verlaufsform bis in die Gegenwart. So wird heute erst recht sichtbar, dass ›die Demokratie ihre Kinder frisst«.

Roswitha Scholz im Juni 2018.

Literatur

Boltanski, Luc/Chapello, Eve: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2006

Bude, Heinz: *Adorno für Ruinenkinder – Eine Geschichte von 68*, München 2018.

Dönhoff, Marion; Miegel Meinhard; Noelling, Wilhelm; Schmidt, Helmut; Schroeder, Richard; Thierse, Wolfgang: *Ein Manifest – Weil das Land sich ändern muss*, Hamburg 1992.

Enzensberger, Hans Magnus: *Aussichten auf den Bürgerkrieg*, Frankfurt 2004.

Jacob, Günter: *Agit- Pop. Schwarze Musik und weiße Hörer. Texte zu Rassismus und Nationalismus, Hip Hop und Raggamuffin*, Berlin 1994.

Jacob, Günter: Zu Kurz, in: *konkret* Nr. 4/2000.

Kurz, Robert: Die Krise des Tauscherts. Produktivkraft, Wissenschaft, produktive Arbeit und kapitalistische Reproduktion in: *Marxistische Kritik* Nr. 1, 1986, auf exit-online.org.

Kurz, Robert: Die Demokratie frisst ihre Kinder. Bemerkungen zum neuen Rechtsradikalismus, in: Edition Krisis (Hrsg.) *Rosemaries Babies. Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen*, Bad Honnef 1993a.

Kurz, Robert: Subjektlose Herrschaft. Zur Aufhebung einer verkürzten Gesellschaftskritik, in: *Krisis* Nr. 13, Bad Honnef 1993b, auf exit-online.org.

Kurz, Robert: Die Aufhebung der Gerechtigkeit. Realitätsverlust und Krise der demokratischen Ethik, in: ders.: *Der Letzte macht das Licht aus. Zur Krise von Demokratie und Marktwirtschaft*. Berlin 1993c.

Kurz, Robert: *Schwarzbuch Kapitalismus – Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft*, Frankfurt 1999.

Kurz, Robert: *Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung*, Bad Honnef 2003.

Kurz, Robert: Geschichte als Aporie. Vorläufige Thesen zur Auseinandersetzung um die Historizität von Fetischverhältnissen. Zweite Folge, 2007, auf exit-online.org

Kurz, Robert: Der Krieg gegen die Juden – Warum sich die globale Öffentlichkeit in der ökonomischen Krise gegen Israel wendet, 2009, auf exit-online.org.

Kurz, Robert: Seelenverkäufer – Wie die Kritik der Warengesellschaft selber zur Ware wird, 2010, auf exit-online.org.

Kurz, Robert: *Geld ohne Wert – Grundrisse zu einer Transformation der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin 2012.

Marcuse, Herbert: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Neuwied 1967.

Meyer, Thomas: Wirtschaftsverbrechen und andere Kleinigkeiten – ein kurzer Kommentar zu Gerd Bedszents neuem Buch, 2017, auf exit-online.org.

Scholz, Roswitha: Die Metamorphosen des teutonischen Yuppie. Wohlstandschauvinismus, 90er Jahre-Linke und kasinokapitalistischer Antisemitismus, in: *Krisis* Nr. 16/17, 1995, auf exit-online.org.

Scholz, Roswitha: *Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die Metamorphose des Patriarchats*, Bad Honnef 2000/2011 (Neuaufgabe)

- Scholz, Roswitha: *Differenzen der Krise – Krise der Differenzen. Die neue Gesellschaftskritik im globalen Zeitalter und der Zusammenhang von »Rasse«, Klasse, Geschlecht und postmoderner Individualisierung*, Bad Honnef 2005.
- Scholz, Roswitha: Die Rückkehr des Jorge – Anmerkungen zur »Christianisierung« des Zeitgeistes und dessen dezisionistisch-autoritärer Wende, in: *exit! – Krise und Kritik der Warengesellschaft* Nr. 3, Bad Honnef 2006, 157–175, auch auf exit-online.org.
- Scholz, Roswitha: Homo sacer und »Die Zigeuner«. Antiziganismus – Überlegungen zu einer wesentlichen und deshalb »vergessenen« Variante des modernen Rassismus, in: *exit! – Krise und Kritik der Warengesellschaft* Nr. 4, Bad Honnef 2007, 177–227, auch auf exit-online.org.
- Soiland, Tove: Lacan und Marx: das Subjekt der Ideologie in: *Widerspruch – Beiträge zu sozialistischer Politik* Nr. 62, Zürich 2013, 140–154.
- Späth, Daniel: Querfront allerorten! Oder Die »neueste Rechte« die »neueste Linke« und das Ende gesellschaftskritischer Transzendenz, in: *exit! – Krise und Kritik der Warengesellschaft* Nr. 14, Angermünde 2017, 95–212.
- Wissen, Leni: Die sozialpsychische Matrix des bürgerlichen Subjekts in der Krise, in: *exit! – Krise und Kritik der Warengesellschaft* Nr. 14, Angermünde 2017. 29–49.
- Zizek, Slavoj: *Die Revolution steht bevor – Dreizehn Versuche über Lenin*, Frankfurt 2002.